



Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li
Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li
Internet: http://www.volksblatt.li

VOLKSBLATT

Mit amtlichen Publikationen • 124. Jahrgang, Nr. 216

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

SAMSTAG

Ernst Walch sprach vor UNO



NEW YORK: Aus Anlass der Generaldebatte der Vereinten Nationen reiste Regierungsrat Ernst Walch diese Woche in die Vereinigten Staaten. Höhepunkt der Arbeitsreise war seine Ansprache vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York (Bild). Zudem führte der Aussenminister zahlreiche Gespräche mit hochrangigen Persönlichkeiten. Seite 4

Opferschutzgesetz



VADUZ: Die Regierung hat den Entwurf eines neuen Opferschutzgesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Ziel der Vorlage ist es, Opfer einer Straftat durch das anschliessende Gerichtsverfahren nicht unnötig zu belasten. Insbesondere sollen unmündige Opfer und Opfer von Sexualdelikten berücksichtigt werden. Seite 7

Reitsport der Extraklasse



REITEN: Die siebte Auflage des CSI Mauren vom 3. bis 6. Oktober hat es in sich. Das Weltklasse-Teilnehmerfeld wird von Hugo Simon, Willi Melliger, John und Michael Whitaker angeführt. Liechtenstein wird durch Fidel Vogt (Bild) und Thomas Batliner vertreten. Ein attraktives Rahmenprogramm rundet den Top-Event ab. Seite 21

Mehrheitlich Befürwortung

Kontradiktorische TV-Diskussion zur Raumplanung gestern am Landeskanaal

Mehrheitlich Befürwortung aus dem Publikum, geteilte Meinungen unter den Hauptdiskutanten und Klarheit darüber, dass es mit dem Schreckgespenst Enteignung nichts auf sich hat: Das brachte gestern Abend die TV-Diskussion am Landeskanaal zur bevorstehenden Abstimmung über das Raumplanungsgesetz.

Martin Frommelt

«Raumplanung ist die zentrale Aufgabe des Staates. Sie ist eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht gar die wichtigste, die wir vor uns haben. Sie garantiert uns Lebensqualität und die Durchsetzung übergeordneter Interessen. Wir brauchen eine klare Zuordnung von Kompetenzen, denn das schafft auch Rechtssicherheit», brachte Regierungschef Otmar Hasler die klare Ja-Empfehlung der Regierung auf den Punkt. Eine andere Auffassung vertrat auf der Gegenseite der Vaduzer Bürgermeister Karlheinz Ospelt: «Den Bürgern wird das Selbstbestimmungsrecht genommen, die Gemeindeautonomie wird



Auf Sendung im Landeskanaal: Regierungsrat Alois Ospelt (links) und Regierungschef Otmar Hasler. (Bild: Paul Trummer)

untergraben, weil nicht mehr der Gemeinderat entscheidet, sondern der Staat.» Für Regierungsrat Alois Ospelt sticht dieses Argument nicht: «Die Ge-

meindeautonomie wird wesentlich gestärkt. Die Gemeinden erhalten den Auftrag, den sie im Gesetz ohnehin schon haben, nämlich ihre eigene Pla-

nung im Ortsbereich durchzuführen.»

Keine Enteignung

Hinsichtlich eines der meist-

gehörten Gegenargumente brachte die Diskussionsrunde Klarheit. «Es ist unsinnig, wenn gesagt wird, dass es zu Enteignungen kommt. Das Raumplanungsgesetz hat eine ganz andere Aufgabe. Der Bestand der heutigen Bauzone ist garantiert», stellte Regierungschef Otmar Hasler klar. Auf der Gegenseite räumte Karlheinz Ospelt ein: «Das mit der Enteignung wird eben herumgeboten, weil es zuerst drin war und nachher nachträglich herausgenommen wurde.»

Gesinnungswandel

Aus dem Publikum gab es mit einer Ausnahme nur befürwortende Stimmen. So auch vom Abgeordneten Paul Vogt, der sich vor allem überrascht über den Gesinnungswandel von Karlheinz Ospelt äusserte: «Karlheinz Ospelt hat in der Kommission ja gesagt zur Vorlage und jetzt ist er dagegen. Ich appellierte an ihn, sachlich zu bleiben. Enteignung war von ihm nie als Problem angesehen worden, damit macht man den Leuten nur Angst. Und zum Überbauungsgrad von 80 Prozent: Damals in der Kommission waren sie noch dafür.» Seite 5

Beschwerde kommt wohl an die VBI

Verfassung: Rechtsvertreter raten Beschwerdeführer zum Gang an die VBI

Der juristische Streit um die von S. D. Fürst Hans-Adam II. und Erbprinz Alois angemeldete Volksinitiative geht in die nächste Runde. Graziella Marok-Wachter und Martin Batliner, die beiden Rechtsvertreter der Beschwerdeführer, rieten ihren Mandanten gestern zu einer Beschwerde an die VBI.

Damit scheint der Streit rund um die Volksinitiative pronon-

giert. Zur Erinnerung: Vor wenigen Tagen hatte die Regierung die Abstimmungsbeschwerde gegen die Volksinitiative auf Abänderung der Verfassung aus formellen Gründen in allen Punkten zurückgewiesen.

«Nicht gewürdigt»

Gestern legten sich die Rechtsvertreter der Beschwerdeguppe eindeutig fest: Sie raten ihren Mandanten zu einer

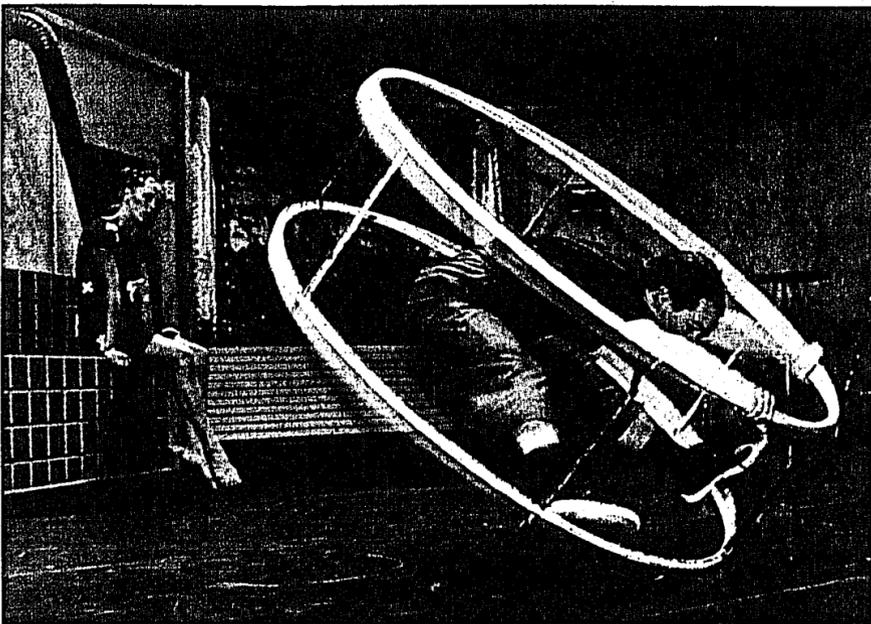
Beschwerde an die Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI). Im Gespräch mit dem Volksblatt nannte gestern Graziella Marok-Wachter die Gründe für diese Empfehlung: «Wir sind der Auffassung, dass sich die Entscheidung der Regierung inhaltlich weitgehend auf die Gegenäusserungen von Fürst Hans-Adam II. und Erbprinz Alois stützt. Unsere Argumente in Bezug auf die Rechtsprechung der liechtensteinischen

Gerichte sind nicht gebührend gewürdigt worden.» Die Prozesschancen ihrer Mandanten sieht Graziella Marok-Wachter derzeit als «nach wie vor intakt» an. Die Juristin geht davon aus, dass die Beschwerdeführer der Empfehlung folgen werden.

Die Möglichkeit, dass einige Beschwerdeführer einen anderen Weg einschlagen könnten, will sie vorerst aber auch nicht ganz ausschliessen. (wozz)

FL-Tag: Viel Spass in Biel!

Mehr als 900 Personen werden heute Morgen mit dem Sonderzug auf die Arteplage in Biel reisen, um dort im Rahmen der Expo.02 den Liechtenstein-Tag live mitverfolgen zu können. Auf die Besucherinnen und Besucher aus Liechtenstein und der Schweiz wartet ein buntes und phantasievolles Programm, das von 75 Mitwirkenden auf der Hauptbühne vorgeführt wird. Auf vielen Nebenschauplätzen werden den ganzen Tag über Konzerte zu hören und Vorführungen zu sehen sein. Was der FL-Tag in Biel alles zu bieten hat und weshalb Mathias Ospelt noch nicht nervös ist, erfahren Sie im Innenteil dieser Zeitung auf Seite 9.



Deutschland vor spannender Wahl

FRANKFURT: Zwei Tage vor dem Wahltag veröffentlichte die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» eine Prognose des Allensbach-Instituts, nach der die SPD mit 37,5 Prozent zwar einen halben Zähler Vorsprung vor der CDU/CSU hat, die FDP sich jedoch mit 9,5 Prozent deutlich von den Grünen (7,5 Prozent) absetzen kann. Eine Forsa-Umfrage ergab ein ähnliches Bild. Die Demoskopien beider Institute sind sich ferner einig, dass die PDS an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern wird. Laut Allensbach und Forsa stehen sich damit die politischen Lager – SPD und Grüne einerseits sowie Union und FDP andererseits – nahezu gleichgewichtig gegenüber. Seite 34

ANZEIGE

SELE
+423 239 90 90
www.selepersonal.li